

Von: Britta Hundesrügge FDP
Gesendet: Dienstag, 22. August 2017 14:42
An: 'Peter Morgenroth'
Betreff: AW: Arbeitserlaubnis für Flüchtlinge - Ihre Position

Hallo lieber Herr Morgenroth,

wir kennen uns ja bereits seit Jahren! Als Sie noch die Nachgedachts für die efa verfasst haben, konnten wir uns einige Male unterhalten. Jetzt kandidiere ich für den Deutschen Bundestag, arbeite immer noch bei der efa und würde mich freuen, wenn wir zu Ihren Fragen an mich als Kandidatin telefonieren können. Hier meine Rufnummer:

0179-1076849

Mit besten Grüßen

Britta Hundesrügge

Von: Peter Morgenroth [mailto:PMorgenroth@outlook.de]
Gesendet: Montag, 21. August 2017 13:50
An: britta@hundesruegge.de
Betreff: Arbeitserlaubnis für Flüchtlinge - Ihre Position

An die Kandidaten und Kandidatinnen
des Wahlkreises 224 zur Bundestagswahl

Herrn Christian Winklmeier SPD
Herrn Michael Kießling CSU
Frau Kerstin Täubner-Benicke GRÜNE
Frau Britta Hundesrügge FDP
Herrn Bernhard Feilzer DIE LINKE
Herrn Dr. Harald von Herget FREIE WÄHLER

Der Sprecherrat und alle Helferkreis-Koordinatoren des Landkreises Starnberg haben sich mit der dringenden Bitte an Landrat Karl Roth (CSU) gewandt, beim **Thema Arbeitsgenehmigungen von Flüchtlingen** für Fortschritte zu sorgen. In seiner Antwort (https://www.lk-starnberg.de/media/custom/613_29987_1.PDF?1502980198) fixiert LR Roth, dass Asylbewerbern mit geringer Schutzquote und beklagter Ablehnung des Asylantrages **keine Arbeitserlaubnis erteilt wird und wer bereits in Arbeit ist, künftig keine Verlängerung der Arbeitserlaubnis erwarten darf**. In Konsequenz wird sich dadurch die Zahl arbeitsloser und abgelehnter, aber nicht abschiebbarer Asylbewerber dramatisch erhöhen. Das ist gesellschaftlich nicht vertretbar und finanziell eine unsinnige Belastung öffentlicher Kassen.

Menschen mit geringer Bleibeperspektive Arbeit zu erlauben, erhöhe nach Meinung von Landrat Karl Roth (CSU) nur deren **Enttäuschung**, wenn sie künftig nach einer rechtskräftigen Ablehnung möglicherweise unser Land verlassen müssten. Das ist zynisch und vergleichbar mit der Aufforderung, einem Bedürftigen nichts zu geben, um ihm künftige Enttäuschungen zu ersparen, wenn die Hilfe ausbleibt.

freundliches Telefonat;

FDP unterstützt

** 3+2 Regelung*

** großzügige Beschäftigung
nach Wirtschaftsbedarf.*

** Einwanderungsgesetz,
bei dem BRD aus-
wählt.*

** Abschiebung/
Arbeitsverbot sind
Randthemen.*